

Deutschland ist für Osteuropas Ingenieure nicht besonders attraktiv

ARBEITSMARKT: Deutschland muss für ausländische Arbeitskräfte attraktiver werden, vor allem für Spitzenkräfte. Das fordern Migrationswissenschaftler in einer aktuellen Studie. Aus dem Osten Europas ist daher auch eine Zuwanderung von Ingenieuren nicht zu erwarten, wie Arbeitsmarktexperte Herbert Brücker weiß. Obwohl Bürger aus acht osteuropäischen Ländern ab 1. Mai keine Arbeitserlaubnis für Deutschland mehr benötigen, werde sich der Andrang in Grenzen halten.

VDI Nachrichten, Düsseldorf, 29.4.11, ws

Klaus Bade zieht eine nüchterne, aber dennoch auftrüttelnde Bilanz: „Deutschland ist inzwischen ein alterndes und schrumpfendes Migrationsland.“ Es könne nicht sein, dass qualifizierte Arbeitskräfte vor den Festungstoren zurückgewiesen würden, während der Arbeitsmarkt Berufsgruppen wie Ingenieure und Ärzte dringend benötige. Mit der „Das Boot ist voll“-Panik sei kein Blumentopf zu gewinnen.

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) warnt in seinem Kommentar zum aktuellen Gutachten seines Gremiums davor, dass Deutschland Gefahr laufe, sich im Wettlauf um die klügsten Köpfe ganz weit hinten anzustellen. „Deutschland muss attraktiver werden, nicht nur für ausländische, auch für eigene Spitzenkräfte.“ Als Beweis für die restriktive Migrationspolitik der Regierung legte Bade das SVR-

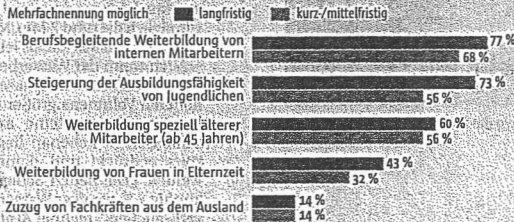
Jahresgutachten vor. Anders als in vergleichbaren Hochlohnländern wie der Schweiz, Kanada, den USA und Norwegen entwickle sich das Verhältnis von Zu- und Abwanderung in Deutschland negativ. Im Zeitraum von 1994 bis 2009 zogen laut Studie über eine halbe Million Deutsche mehr ins Ausland als von dort zurückkehrten.

Zudem seien die Arbeitskräfte, die Deutschland den Rücken kehrten, leistungstärker als die erwerbstätige Bevölkerung. „So haben 49 % der Abwanderer, aber nur 29 % der Erwerbstätigen im Land einen Hochschulabschluss. Insbesondere junge Spitzen- und Führungskräfte zieht es ins Ausland, ohne dass ausreichend hoch qualifizierte nachkommen.“

Daran hat auch die Lockerung der Zugangsvorschriften für Maschinenbau- und Elektroingenieure aus den osteuropäischen Staaten, die 2004 der EU beitraten, drei Jahre später wenig geändert. „Wir beobachten

Zuwanderung ist nicht der Lösungsansatz Nummer 1

Welche der folgenden Maßnahmen halten sie langfristig bzw. kurz-/mittelfristig für wichtig, um dem Problem des Fachkräftemangels entgegenzuwirken?



Grafik: VDI Nachrichten 17/11, Gudrun Schmidt

Quelle: IWS/Infrastrat

Arbeitsmarkt: Für Personalverantwortliche ist nicht die Zuwanderung von Fachkräften der erste Schlüssel, um das Problem des Fachkräftemangels zu beheben, sondern die Weiterbildung. Nur 14 % der Befragten sprachen sich bei einer Umfrage des Marktforschungs-Instituts TNS Infratest für den Zuzug aus. ws

seitdem keinen signifikanten Anstieg der Zuwanderungszahlen“, sagt Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Auch die Öffnung der Arbeitsmarktgrenzen in Deutschland zum 1. Mai werde dies nicht wesentlich ändern.

Wer aber glaubt, die gute deutsche Ausbildung Sorge für den entscheidenden Wettbewerbsvorteil, liegt falsch. „Wir reden hier über eine Bevölkerung, die oft besser ausgebildet ist als vergleichbare Absolventenkohorten in Deutschland – und das gilt für alle acht osteuropäischen Länder.“ Dies resultiere aus planwirtschaftlichen Zeiten, als insbesondere die Technikausbildung hohes Ansehen genoss. Seit einigen Jahre beobachtet das IAB einen Bildungsboom, der zu einer Verdoppelung der Hochschulabsolventenzahlen in Osteuropa geführt hat, erläutert Brücker.

Obwohl die Bildungsabschlüsse in den osteuropäischen Ländern alles andere als schlecht sind, seien sie mit deutschen Hochschulabschlüssen kaum vergleichbar. „Die Unsicherheit aufgrund mangelnder Transparenz der Arbeitsmärkte und Qualifikationen verschafft deutschen Absolventen einen Vorteil.“

Würden hoch qualifizierte – so wie in Großbritannien und Irland – unterhalb ihrer Fachkompetenzen und

zu Niedriglöhnen eingesetzt, werde das wiederum die Anreize zum Wechsel nach Deutschland senken.

Käme es zu Wanderungsbewegungen, dann zunächst innerhalb der neuen EU-Mitgliedsländer. „Es gibt große regionale Unterschiede im Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land, was erhebliche Anreize für eine Binnenwanderung zur Folge hat“, so Brücker.

Was nicht heißen soll, dass in Deutschland alles beim Alten bleibt. Viel verspricht sich die Zeitarbeitsbranche von der Arbeitnehmerfreizügigkeit nach dem 1. Mai. In Osteuropa „können wir dringend benötigte Fachkräfte finden“, signalisiert Volker Enkerts, Präsident des Bundesverbands Zeitarbeit, Interesse.

Arbeitsmarktexperte Herbert Brücker bestätigt: „Wenn sich Zeitarbeitsfirmen auf den osteuropäischen Markt konzentrieren und sich die angeworbenen Ingenieure bewähren, wäre ein Ausbau dieser Aktivitäten vorstellbar. Koppeln Zeitarbeitsunternehmen das aber an niedrige Löhne, wird es nicht funktionieren, da man an das deutsche Lohnniveau gebunden ist und sich osteuropäische Ingenieure angesichts des Fachkräftemangels in den Heimatländern nicht ausbeuten lassen.“

WOLFGANG SCHMITZ

Personalmanager rechnen nicht mit Bewerberansturm

- ▶ Vom 1. Mai 2011 an dürfen Bürger aus den acht osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, in Deutschland uneingeschränkt arbeiten. Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn brauchen keine Arbeitsgenehmigung mehr.
- ▶ In einer Umfrage sammelte die Deutsche Gesellschaft für Personalführung (DGFP) unter Personalverantwortlichen in Deutschland Stimmen

zum Thema. Demnach erwarten 54 % von ihnen keinen Zustrom von osteuropäischen Bewerbern, 74 % prognostizieren einen verstärkten Wettbewerb unter an- und ungelenteten Arbeitnehmern. 22 % rechnen damit, dass die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit dem Fachkräftemangel entgegenwirken wird. 28 % glauben, dass es zu Lohndumping kommen könnte, 35 % halten das für sehr unwahrscheinlich.

dgfp/ws